

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886 846 ppton d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Inge Wettig-Danielmeier MdB zu finanziellen und anderen Problemen der SPD: Das Geld und die Parteien.

Seite 1

Wilhelm Schmidt MdB zu einem anklagenden Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation: Kinder wie Sklaven behandelt.

Seite 4

Karl Hermann Haack MdB und Herbert Brückner zur SPD-Verkehrskampagne 'Neue Beweglichkeit - Mensch und Umwelt gehen vor': Ein Plädoyer für den sanften Tourismus.

Seite 5

47. Jahrgang / 110

11. Juni 1992

Das Geld und die Parteien

Zu finanziellen und anderen Problemen der SPD

Von Inge Wettig-Danielmeier MdB
Schatzmeisterin der SPD

Wer sich mit der Bedeutung der politischen Parteien in der Bundesrepublik auseinandersetzen möchte, der findet eine Fülle von Material in wissenschaftlichen Untersuchungen und journalistischen Arbeiten. Was in Bücherregalen einige Meter füllt, was wissenschaftlich-politisch von "sehr beachtlich" bis "platte Wiedergabe von Vorurteilen" reicht, kreist um viele Fragen des Parteiwesens. Letztlich aber immer die zentrale Frage: Ohne funktionierende demokratische Parteien gibt es keine funktionierende Demokratie.

Versagen die Parteien in der Politikformulierung und in der Politikentscheidung, wächst die Politikverdrossenheit.

Versagen die Parteien bei der Auswahl der politischen Führung, bei der Nachwuchsförderung gefährden sie das demokratische System. Sinkt die Bedeutung der Parteien in der Massenkommunikation steigt der Einfluß unkontrollierbarer Medien, steigt auch der Einfluß gekaufter Kommunikation. Stagnieren oder fallen die Einnahmen der Parteien aus Beiträgen und Mitglieds Spenden öffnen sich Wege für unkontrolliertes Geld, das politischen Einfluß nehmen will.

Die SPD muß damit leben, daß ihr Aufbau, ihre Organisationsformen immer Leitbild für die anderen Parteien war und ist. Wir waren die erste Mitgliederpartei Deutschlands und haben dieses Modell an andere weitergeliefert. Die mitgliedschaftlich organisierte Partei, die offen ist für alle, die sich zu ihren Grundsätzen bekennen, die ihre Politik auf Mehrheitsbeschlüsse ihrer Mitglieder stellt, die ihre Führung demokratisch wählt, die ihre Arbeit aus Mitgliedsbeiträgen finanziert, ist nach dem über 100 Jahre alten Vorbild der SPD inzwischen die Vorbildpartei des Parteiengesetzes und vor allem der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes.

Wir sind zwar Vorbild, haben aber Mühe, diesem Vorbild in Gegenwart und Zukunft zu genügen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Veröffentlicht im Auftrag
mit wertvollen Beilagen
Ruppel-Praxis



Diese Differenzen zwischen Verpflichtung/Anspruch und Wirklichkeit war im letzten Jahrzehnt immer wieder Anlaß über die Rolle der Partei zu diskutieren, Kommissionen einzuberufen, Parteitagesresolutionen zu verfassen. Beschleunigt wurden diese Aktivitäten manchmal durch schlechte Wahlergebnisse.

So wie 1990 das Projekt "SPD 2000" geboren hat.

Die vorhandenen, zu beredenden und möglichst zu lösenden Probleme sind folgende:

1. Obwohl auch das letzte Bundesverfassungsgerichtsurteil die Mitgliederpartei als Leitbild festgelegt hat, ist nicht sicher, ob nach dem Jahr 2000 die Mitgliederpartei noch den Umfang und die politische Kraft der heutigen Mitgliederpartei haben wird.

Sichtbarster Ausdruck der vorhandenen Probleme ist der Altersaufbau der SPD, aber auch der anderen Parteien.

Die Alterspyramide zeigt nur an, daß Mitgliedschaft in einer politischen Großorganisation von vielen politisch interessierten Menschen nicht mehr als Möglichkeit in Betracht gezogen wird. In die Individualisierung der Lebensstile scheint die jahrzehntelange Mitarbeit in einer Großorganisation nicht hineinzupassen.

2. Mit dieser Veränderung geht einher, daß eine in ihrer Mitgliedschaft verengte Partei sich auch in ihrer Politikformulierung verengt. Wenn die Partei nicht Ort des Ringens der verschiedensten Tendenzen ist, kann sie auch den politischen Ausgleich, der Voraussetzung für den Gewinn von Regierungsmehrheiten ist, immer schwerer finden.

3. Eine in ihrer Mitgliedschaft sich verengende Partei wird schwächer bei der Rekrutierung der politischen Führung. Nur durch die Quote ist uns ein Nachwuchsschub gelungen. Die anderen Probleme sind geblieben: Unübersichtbar ist der Mangel an Jüngeren in Führungspositionen, aber auch das Fehlen beziehungsweise Verschwinden von Berufen, die wichtige Funktionen in der Gesellschaft ausüben, in der Mitgliedschaft jedoch fehlen.

4. Zu den Folgen dieser Veränderungen in der Mitgliedschaft gehört auch, daß die Partei als Wahlkampforganisation an Kraft verloren hat. Da sie nur noch in wenigen Milieus verankert ist, mobilisiert sie nicht mehr genug. Da sich aktive Mitarbeit auf wenige konzentriert, erschöpfen die großen Wahlkämpfe die Aktivisten. Der Rückgang an ehrenamtlichen Einsatz wird durch Professionalität, durch gekaufte Kommunikation ersetzt. Was die Wahlkämpfe nicht billiger macht, was zunehmend zu einer unschließbaren Lücke zwischen finanziellen Verlangen und finanziellen Möglichkeiten führt.

5. All diese Schwierigkeiten haben nicht zur Folge, daß die SPD schlicht ihre Leistungen reduzieren, die Aufgabenwahrnehmung mit den finanziellen Möglichkeiten in Einklang bringen könnte. Bei enger werdendem Finanzrahmen bleibt der Aufgabenbestand nicht nur bestehen, ja er erweitert sich sogar.

Derselbe Bürger, der, um seine Individualität zu schützen, sich gegen die Mitgliedschaft in einer Partei sperrt, der über zu hohe Staatsfinanzierung klagt, erwartet von den Parteien zuverlässige Dienstleistungen, nicht nur die traditionellen wie Politikformulierung und Führungsauswahl, sondern auch neue, wie Bürgerberatung und permanente Information.

Wer die sozialdemokratische Organisation kennt, weiß, daß wir als Dienstleistungspartei technisch und personell nicht gut ausgerüstet sind. Wir werden in kürzester Zeit beträchtliche Mittel aufwenden müssen, um die Defizite in Fortbildung und Ausstattung zu beheben. Was nicht ganz einfach ist, denn die Landesverbände und Bezirke, die die Hauptlast der Investitionen tragen müssen, sind im letzten Jahrzehnt finanziell in die Knie gegangen. Da sie von den Mitgliedsbeiträgen leben, hat sie die Stagnation der Mitgliedszahlen, jetzt natürlich auch der Rückgang, und der hinter der Preis- und Gehaltssteigerungsrate zurückbleibende Anstieg der Beiträge um ihre finanziellen Spielräume gebracht.

Diese höchst schwierige Situation wird durch zusätzliche Faktoren ergänzt oder verschärft - je nach Gemütslage kann man sich das Verb aussuchen:

1. Durch die deutsche Einheit müssen wir eine sozialdemokratische Parteiorganisation in den fünf neuen Bundesländern aufbauen, die wenigstens die Kernfunktionen einer politischen Partei wahrnehmen kann. Finanziell ist dieses nur möglich durch ein langfristiges Programm der Umverteilung.
2. Die Hauptstadtentscheidung und die wahrscheinliche Rückgabe von Parteivermögen verlangen beträchtliche Investitionen, die aus dem Parteihaushalt nur in allergeringstem Umfang zu leisten sind. Langfristig bringen die Investitionen Gewinn, bis zum Jahr 2000 können wir sie nur mit Hilfe von privaten Investoren schaffen.
3. Dies gilt auch für den Unternehmensbereich. Die Gewinne, die bis zu fünf Prozent des Parteihaushaltes ausgemacht haben, werden wegen der Investitionen in den neuen Bundesländern bis über 1995/96/97 zurückgehen.
4. 1994 ist ein Wahljahr zu finanzieren, das wegen der Schlüsselwahlen in den fünf neuen Bundesländern, in Niedersachsen, Bayern, für das Europäische Parlament und für den Bundestag das Zusammenkratzen aller Mittel erfordert.
5. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil macht uns keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Trotzdem schafft es Probleme: Was wir bis 1994 nach der alten Gesetzeslage erwarten konnten, haben wir durch ein neues Gesetz noch nicht gesichert. Bei unbefriedigendem Ausgang fehlen mir in Bonn fast zehn Millionen, - die Summe kann sogar auf 40 Millionen ansteigen.

Die Auswirkungen der "relativen Obergrenze" sind langfristig nicht kalkulierbar. Sinken die Einnahmen aus Beiträgen und Spenden, sinken leider auch die Zuschüsse aus der Staatskasse.

(-/11. Juni 1992/rs/ks)

+++

(Inge Wettig-Danielmeier trug diese Gedanken auf dem SPD-Landesparteitag Thüringen vor. Der obestehende Beitrag ist eine von ihr überarbeitete Fassung ihres Vortrags).

Kinder wie Sklaven behandelt

Zu einem anklagenden Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation

Von Wilhelm Schmidt MdB

Kinderbeauftragter der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Wenn die Internationale Arbeits-Organisation (ILO), Genf, in dieser Zeit einen neuen Bericht über Art und Umfang von Kinderarbeit in der Welt vorlegt, dann stockt dem unbefangenen Betrachter sicher zunächst der Atem. Die Darstellung der nackten Zahlen wirkt wie eine Keule: Nach statistischen Erhebungen werden 80 Millionen Kinder, nach ernstzunehmenden Schätzungen bis zu 200 Millionen Kinder ständig zur Arbeit eingesetzt. Daß dabei viele von ihnen, wie es eine Agentur ausdrückte, wie Sklaven behandelt werden, ist eine offene Tatsache. Schon die Schulbesuchsquote in den verschiedenen Ländern der Welt untermauert dieses Zahlenwerk, hinter dem sich Millionen harter Schicksale verbergen.

Wenn jemand glauben sollte, daß diese kinderfeindliche Situation nur ein Phänomen der nichtentwickelten Länder sei, dann unterliegt er einer massiven Täuschung. Schon Untersuchungen in Nordrhein-Westfalen von 1987 und 1989 sowie in England von 1990 belegen, daß auch in Industrieländern in einzelnen Altersgruppen bis zu 40 Prozent Kinder einer regelmäßigen Arbeit nachgehen.

Das Grundmotiv ist nach den Erkenntnissen der Fachleute weltweit gleich orientiert: Die arbeitenden Kinder leisten einen Beitrag zum Familieneinkommen. Sehr unterschiedlich ist allerdings die Relation. Während die Kinder in Entwicklungsländer meist ums nackte Überleben kämpfen, erhöhen die Kinder in den entwickelten Ländern den konsumorientierten Lebensstandard.

Nicht unerheblich dürfte - übrigens auch in Deutschland - der Faktor sein, daß Kinderarbeit für die Unternehmen "billiger zu haben" ist. Meist werden Tarifverträge und Sozialvorschriften unterlaufen und damit nicht selten auch Vollerwerbs-Arbeitsplätze vernichtet.

Die ILO schildert in ihrem Bericht sehr eindrucksvoll die besonders schlimme Lage der zur Arbeit gezwungenen Straßenkinder in den Ballungszentren der Länder der südlichen Hemisphäre (zum Beispiel in Sao Paulo, Lagos, Bombay, Bangkok und Ankara). Ein regelrechter Kinderhandel ist zum Teil aufgezogen worden, bei dem Kinder von ihren mittellosen Eltern verschachert werden. Ihr Einsatz erfolgt unter miesesten Bedingungen in der Landwirtschaft (wie Tabak- und Teeplantagen), in der Industrie (wie Feuerwerks- oder Streichholzfabriken, Teppichknüpfereien).

Daß Kinderarbeit zu einem weit verbreiteten Faktor vor allem in der sogenannten Dritten Welt ist, haben die Vertreterinnen und Vertreter aus diesen Ländern kürzlich auch in ihrer Ohnmacht bei der Weltkinderkonferenz in Bergen/Norwegen zum Ausdruck gebracht, an der 70 Nationen vertreten waren. Sehr eindeutig wurde auf die massiven Nachteile aufmerksam gemacht, die den Kindern für ihr ganzes, meist kurzes Leben durch die sozialen, körperlichen und bildungsmäßigen Nachteile entstehen, die von der Arbeit in frühem Alter entstehen.

Nicht nur wegen der Tatsache, daß Kinderarbeit gegen zig internationale Konventionen verstößt, sondern weil sie mehr als anderes menschenverachtend ist, bedarf es einer weltweiten Aktivität zur Eingrenzung. Programme von UNICEF, der ILO sowie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kurieren in der überwiegenden Mehrheit auch nur die Symptome. Bei der Welt-Umweltkonferenz in Rio werden gerade in diesen Tagen wieder die "Schwarzen Peter" hin- und hergeschoben, ob konkretes und konsequentes Handeln in allen Bereichen der Probleme im Verhältnis zwischen den nicht entwickelten und den entwickelten Ländern in Gang kommt, muß bezweifelt werden. Entscheidend ist in jedem Fall eine nachhaltige Verbesserung der sozialen Lage der weit überwiegenden Zahl der Menschen und eine schrittweise Abkehr vom Konsum-Fetischismus unserer Zeit.

Da diese Erkenntnis schon seit vielen Jahren besteht (und auch für andere Belastungsfaktoren im Leben der Menschen in den sozial schwierigen Bereichen aller Länder gilt), muß nun wirklich nicht mehr lange geforscht und politisch diskutiert werden: Handeln ist jetzt gefordert! In Deutschland heißt dies unter anderem (auch in Anerkennung der ratifizierten UNO-Konvention über die Rechte des Kindes) eine Verstärkung der Entwicklungshilfe und eine Umorientierung auf spezielle Kinder-Interessen.

(-/11. Juni 1992/rs/ks)

Ein Plädoyer für den sanften Tourismus

Zur SPD-Verkehrskampagne "Neue Beweglichkeit - Mensch und Umwelt gehen vor"

Von Karl Hermann Haack MdB

**Mitglied der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr der SPD-Bundestagsfraktion und
Herbert Brückner**

**Umweltreferent der Naturfreunde-Internationale und stellvertretender Vorsitzender der
ÖTE (Ökologischer Tourismus in Europa)**

Der Tourismus muß seine Chance als Hoffnungsträger für eine tiefgreifende umweltpolitische Sensibilisierung der Menschen nutzen.

"Sanfte" Ferien beginnen mit der umweltverträglichen Anreise. Noch aber dominieren Autos und Flugzeug bei der Fahrt in den Urlaub. Eine verkehrspolitische Trendwende ist daher unverzichtbarer Bestandteil einer zukunftsorientierten Tourismusedwicklung:

1. Die europäischen Bahnen müssen leistungsfähige Verbindungen zu den Feriengebieten anbieten und kundenfreundliche Beförderungsmöglichkeiten für Gepäck und Sportgeräte aufrechterhalten beziehungsweise schaffen.
2. Fremdenverkehrsgemeinden müssen in Zusammenarbeit mit der Bahn für die An- und Rückreise mit dem Zug werben.
3. Wichtige touristische Ziele sollten in Urlaubsregionen mit dem ÖPNV im Taktverkehr oder durch Bedarfsverkehre (Rufbus, Ruf-taxi) auch am Wochenende und in den Abendstunden erreichbar sein.
4. Radwege und Radfernwander-routen mit Servicestationen, Schutz- und Unterstellmöglichkeiten und einheitlicher Beschilderung sind wichtige Voraussetzungen für einen autofreien Urlaub.
5. Für Busreisen sind ausreichende Infrastruktureinrichtungen wie Parkplätze mit Ver- und Entsorgungseinrichtungen vorzusehen.
6. Der Flugverkehr auf Strecken unter 500 km ist unwirtschaftlich und umweltschädlich und sollte innerhalb Europas stark eingeschränkt werden.

Umweltfreundliche Urlaubsformen wie Wandern und Radreisen sind gezielt zu fördern, zum Beispiel durch Ausweisung eines bundesweiten Radwandernetzes und verbesserte Mitnahmemöglichkeiten von Rädern in Bahn und Bussen.

Aber selbst an sich umweltverträgliche Aktivitäten können bei massenhafter Ausübung zu spürbarer Beeinträchtigung der Natur führen. Unterschiedliche Erholungsnutzungen müssen deshalb mit der ökologischen Belastbarkeit der Teilräume abgestimmt werden. Sensible Räume müssen durch umweltverträgliche Wegeführung und Zonierung (bis hin zu Betretungs- und Nutzungsverböten) geschützt werden. Flankierend erforderlich sind die Schaffung attraktiver alternativer Erholungsangebote sowie die Aufklärung von Besuchern und Bevölkerung. Die Anbieter im Tourismus sind zu einer abfallvermeidenden, wasser- und energieschonenden

Wirtschaftsweise anzuhalten.

Sozialverträglichkeit ist traditionell ein Grundpfeiler sozialdemokratischer Tourismuspolitik. Reisende haben ein Anrecht auf Erholung. Allen, ob kinderreichen Familien oder Senioren, soll die Möglichkeit zum Verreisen offen stehen. Ein besonderes Anliegen ist die Integration von Behinderten im Urlaub. Gewahrt werden müssen auch die Verbraucherrechte der Urlauber/innen. Einen hohen Stellenwert haben für uns die Arbeitsbedingungen und Ausbildungsmöglichkeiten der Beschäftigten im Tourismussektor.

Durch Verbesserungen bei Bezahlung und Arbeitsschutz, zum Beispiel Aufstellung von Dienstplänen, sind die Arbeitsbedingungen attraktiver zu gestalten. Zunehmende Spezialisierung verlangt nach einer Neuordnung der Berufsausbildungsmöglichkeiten, zum Beispiel beim Fremdenverkehrskaufmann/-frau, und einem möglichst flächendeckenden Ausbau der Weiterbildungsangebote. Die Rechte der Bevölkerung in den touristischen Zielgebieten müssen respektiert werden. Hierzu dienen die Aufklärung der Reisenden sowie die Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungen über die touristische Entwicklung.

Jeder einzelne kann einen Beitrag leisten für einen sozial- und umweltverträglichen Tourismus:

Sanfte Touristen...

- o fühlen sich auch im Urlaub verantwortlich für ihre Umwelt und Mitmenschen.
- o informieren sich ausführlich über Land und Leute ihres Urlaubszieles, damit weder ihre eigenen Erwartungen noch die der Bewohner/innen im Urlaubsland enttäuscht werden und lernen, wenn's geht, auch noch ein paar Vokabeln.
- o kaufen kritisch und lassen sich nicht von verführerischen Reiseangeboten blenden.
- o fahren nicht jedes Jahr ins ferne Ausland.
- o benutzen umweltfreundliche Verkehrsmittel. Sie lassen ihr Auto so oft wie möglich stehen und steigen um auf Bahn und Bus, benutzen das Fahrrad oder gehen zu Fuß.
- o lassen Hektik und Streß zuhause und nehmen sich Zeit zum Beobachten und für Begegnungen; sie hetzen nicht und haken eine Sehenswürdigkeit nach der anderen ab. Ein neues Verhältnis zur Zeit könnte eines der wertvollsten Ergebnisse einer Reise werden.
- o denken im Urlaub daran, daß sie Gast sind und passen sich den Gastgebern an, anstatt Anpassung zu verlangen. Sie achten und respektieren fremde Menschen und deren Lebensweise, lernen den Alltag im Gastland kennen und nutzen Gastfreundlichkeit nicht aus.
- o fotografieren nicht hemmungslos alles und jeden, sondern fragen die Menschen, ob sie fotografiert werden wollen.
- o sind mit dem zufrieden, was vorhanden ist und verlangen nicht nach mehr Komfort, Luxus und Freizeit-Einrichtungen aller Art.
- o suchen sich Quartiere, die dem landesüblichen Komfort entsprechen und sich nicht durch ihren Luxus von der Wohnweise der Einheimischen abheben. Sie sind in landestypischer Bauweise errichtet, fügen sich in das Landschafts- und Ortsbild ein und wirtschaften umweltgerecht.
- o vermeiden Umweltbelastungen und -zerstörungen. Sie informieren sich über Verhaltensregeln in der Natur, respektieren Naturschutzzonen und Naturschutzbestimmungen.
- o vermeiden Müll, wo es geht und gehen schonend mit Wasser, Energie und anderen knappen Gütern um.

(-/11. Juni 1992/rs/ks)
